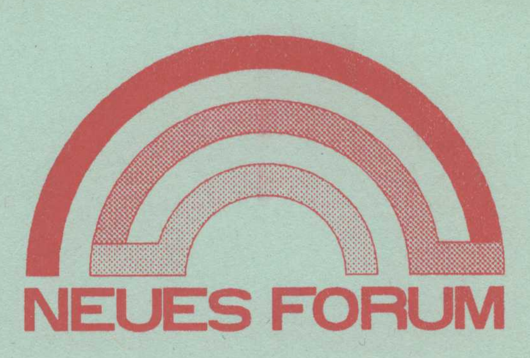
September 1992

Warum sind die Lohnforderungen berechtigt?



Initiativgruppe
NEUES FORUM LEIPZIG
-Verbindungsbüro-
Michael-Kazmierczak-Straße 18
O-7022 Leipzig

NEUES FORUM DRESDEN
Materniestraße 17
Postfach
O-8012 Dresden

NEUES FORUM CHEMNITZ
Mühlenstraße 88
O-9010 Chemnitz

Die Tarifkämpfe zwischen Arbeit-"gebern" und Arbeit-"nehmern" eskalieren. Eindrucksvoll zeigte sich dies schon im Februar diesen Jahres im Tarifabschluß in der Stahlindustrie und im Arbeitskampf des öffentlichen Dienstes. Schon im Februar versuchte die Bundesregierung die tarifpolitische Wende durchzusetzen - ohne Erfolg!

Berechtigt sind die Lohnforderungen der Arbeit-"nehmer" in allen Bereichen, denn die Reallöhne stiegen seit 1982 kaum an, während die Unternehmer satte Gewinne einstrichen. Gerade an der deutschen Einheit verdienten die Unternehmer Milliarden, die nun als Spekulationsgelder auf ihren Konten hohe Zinsen bringen, jedoch nicht in die ostdeutsche Wirtschaft investiert werden. Solange in der Finanzspekulation höhere Gewinne zu erzielen sind als durch Re-Investition der Gelder in die Wirtschaft, solange werden auch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Seit Januar 1991 fordern wir eine Steuer für nicht re-investierte Gewinne.

Es ist finanzpolitischer Unsinn, daß Lohnerhöhungen Arbeitsplatzabbau im Osten zur Folge hätten. Westdeutscher Lohnverzicht macht nur die Unternehmer reicher, ohne daß auch nur eine Mark mehr in die ostdeutsche Wirtschaft fließt. Ostdeutscher Lohnverzicht veranlaßt nur noch mehr Menschen zur Ausreise in den Westen.

In Wirklichkeit geht es dieser Regierung um Reallohnsenkung in ganz Deutschland!

Einer, der die Hetze auf die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe vorantreibt und den Menschen Maßhalten verordnen will, ist der Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann. Mit seiner Aussage zu den Tarifabschlüssen: "Alles über 4 % ruiniert die Wirtschaft", griff er unerlaubt in die Tarifautonomie ein, stellte sich auf die Seite der Arbeit-"geber" und setzte für sie die 4 -Prozent-Marke. Zu fragen bleibt - Warum?

Um ihre Ziele, die Deregulierung des Sozialstaates und die Reallohnsenkung in Deutschland, zu erreichen, bedient sich die Bundesregierung des Mittels, Ostdeutsche gegen Westdeutsche auszuspielen.

Es sind jedoch nicht berechtigte Lohnforderungen der Arbeit-"nehmer", welche die Bundesregierung in die Krise gleiten lassen, sondern es ist diese Bundesregierung und ihre Treuhandanstalt, die Hand in Hand mit den Funktionären der alten DDR durch eine Politik unsozialer Umverteilung die wirtschaftliche Krise provoziert!

Ein aufschlußreicher Auszug aus Herrn Möllemanns Gehaltsabrechnung:

Einkommen Jürgen Möllemann
(Berufsanfänger - ein Jahr im Amt)

Grundgehalt:	18900,- DM
Aufwandsentschädigung:	7200,- DM
Diäten:	4800,- DM
Pauschale (steuerfrei):	4100,- DM
Gesamt:	35000,- DM
+ 4 % Erhöhung (1400,- DM) =	**36400,- DM**

WIR SIND SO STARK, WIE SIE UNS MACHEN!

Schreiben Sie uns, wenn Sie zu unserer nächsten Veranstaltung in Ihrer Nähe eingeladen werden möchten!